



ERNST-REUTER-HEFTE

8

»Ein stiller Diplomat«

Ulrich E. Biel im Gespräch
über die Berliner Nachkriegspolitik

von Martin Otto

be.bra
wissenschaft verlag

»Ein stiller Diplomat«

ERNST-REUTER-HEFTE

Heft 8

Martin Otto

»Ein stiller Diplomat«

Ulrich E. Biel im Gespräch über die
Berliner Nachkriegspolitik

be.bra
wissenschaft verlag

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten.

Dieses Werk, einschließlich aller seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist
ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere
für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Verfilmungen
und die Einspeicherung und Verarbeitung auf DVDs, CD-ROMs, CDs, Videos,
in weiteren elektronischen Systemen sowie für Internet-Plattformen.

© be.bra wissenschaft verlag GmbH
Berlin-Brandenburg, 2017
KulturBrauerei Haus 2
Schönhauser Allee 37, 10435 Berlin
post@bebra-wissenschaft.de
Redaktion der Reihe: Michael C. Bienert
Lektorat: Matthias Zimmermann, Berlin
Bildredaktion: Michael C. Bienert
Gesamtgestaltung: typegerecht, Berlin
Schrift: DTLRomulus 10/13,8pt
Druck und Bindung: Elbe-Druck, Wittenberg
ISBN 978-3-95410-083-5
ISSN 2194-5810

www.bebra-wissenschaft.de

Prolog

»Ich höre mich an wie aus der Gruft.« Trocken kommentierte der 82-jährige Ulrich E. Biel das Interview des freien Journalisten und Filmmachers Rainer K.G. Ott *Die rechte Hand. Geschichten aus der Berliner Nachkriegsgeschichte*, das am 28. März 1989 in der Sendereihe *Studio 3* des Sender Freies Berlin ausgestrahlt wurde.¹ Biel kokettierte mit dem Alter; er war geistig und körperlich in gutem Zustand. Aber hätte er nicht 1934 mit 27 Jahren seine Heimatstadt Berlin verlassen, wäre er ein Opfer der Shoah geworden. Die engsten Verwandten, Mutter, Tante und Großmutter – der Vater war bereits 1920 verstorben –, waren am 5. September 1942 aus Berlin deportiert und drei Tage später im Ghetto Riga ermordet worden. Seit 2013 erinnert ein Stolperstein in der Marburger Straße 3 an die letzte Wohnung der Familie. Bei seiner Rückkehr in amerikanischer Uniform im August 1945 stellte sich auch Ulrich Biel die Frage: »Wie konnte dann das eigentlich alles passieren?«

Der »Flirt« mit der Gruft hatte aber auch noch eine andere Bedeutung, die über die engere Biografie von Biel hinausging: Dass er allen Grund hatte, gegenüber den USA, dem Staat, dem er buchstäblich sein Überleben verdankte, tiefe Dankbarkeit zu empfinden, liegt auf der Hand. Der seine Worte sorgfältig abwägende Jurist äußerte diese Dankbarkeit, die sich auch in politischer Loyalität ausdrückte, bei aller Zurückhaltung deutlich und unmissverständlich. Dankbarkeit gegenüber den »amerikanischen Freunden« war im West-Berlin der 1980er Jahre aber nicht mehr so selbstverständlich wie noch auf dem Höhepunkt der Ost-West-Konfrontation. Diejenigen, die unmittelbare

1 »Die rechte Hand«. *Studio 3*, SFB-3 Hörfunk vom 28. März 1989 (Verantwortlicher Redakteur: Hanspeter Krüger), in: Rundfunk Berlin-Brandenburg, SFB-Archiv, Bd.-Nr. 25/3843.

Erinnerungen an die sowjetische Blockade der Stadt und die Luftbrücke von 1948/49 besaßen, waren mittlerweile um die 50 Jahre alt und gehörten zur älteren Generation. Die Zeit der plakativen Bekenntnisse zu den USA war verschwunden. Als der amerikanische Präsident Richard M. Nixon noch 1969 die Teilstadt besuchte, hatten Kinder schulfrei, jubelnde Berliner säumten die Straßen. Nixon hielt eine Rede vor den Siemens-Arbeitern, in der er übrigens keine Rhetorik des Kalten Krieges pflegte, sondern »negotiations among governments«, also Verhandlungen, mit der Sowjetunion forderte.² Im Abgeordnetenhauswahlkampf 1971 gab es ein Plakat der Berliner SPD, das neben Klaus Schütz und Willy Brandt auch Nixon zeigte.

Als Nixons Nachfolger Ronald Reagan in den 1980er Jahren zweimal die Teilstadt besuchte, waren seine Visiten jeweils von heftigen Protesten und Ausschreitungen begleitet. An einen Autokorso war bei aller Sympathie, die den USA von weiten Teilen der Bevölkerung noch immer entgegengebracht wurde, ebenso wenig zu denken wie an eine Rede vor Fabrikarbeitern oder das Konterfei eines amerikanischen Präsidenten auf dem Wahlplakat irgendeiner West-Berliner Partei. Im Abgeordnetenhaus saß seit 1981 mit der Alternativen Liste für Demokratie und Umweltschutz eine Partei, die in ihrem Programm die militärische Präsenz der Alliierten in West-Berlin ernsthaft infrage stellte. Ab Ende der 1970er Jahre hatte sich sogar ein weit in bürgerliche und damit eigentlich den USA nahestehende Kreise ragender Widerstand gegen einzelne Maßnahmen der Alliierten gebildet. Dabei wurde erstmals hinterfragt, dass diese Aktionen auf der Grundlage von Besatzungsrecht ohne die Möglichkeit von Rechtsschutz erfolgten.

2 Vgl. Presse- und Informationsamt des Landes Berlin (Hrsg.): »Ha, ho, he –Nixon is okay!« Berlin, 27. Februar 1969. Der Besuch von Präsident Richard M. Nixon, Berlin (West) 1969, S. 49.



Plakat der SPD zur Abgeordnetenhauswahl in West-Berlin, 1971.

Ein alternativer Stadtführer fasste 1984 die Stimmung sachlich richtig zusammen: »Erstmals [1979] formierte sich auch Widerstand gegen alliierte Entscheidungen. Einmal entzündete sich der Ärger am Bau von 250 Wohnungen für amerikanische Militärangehörige im Landschaftsschutzgebiet Düppeler Forst. Ein anderes Mal ging es um die Rodung von 30.000 Bäumen in der Einflugschneise des wenig genutzten Militärflughafens Gatow – auch hier in einem der wenigen Landschaftsschutzgebiete des eingemauerten Berlin. Keine gerichtliche Instanz konnte die angebliche Notwendigkeit der Maßnahmen überprüfen.

Wenig später folgten Beschwerden gegen die zunehmenden Straßenkampfbungen in dichtbesiedelten Gebieten wie Kreuzberg und Wedding. [...] Selbst die früher von so vielen geliebten farbenprächtigen Militärparaden waren auf einmal vor allem ein Verkehrshindernis, das mehrmals im Jahr ein Chaos in der Innenstadt auslöst.

Parade am »Tag
der Alliierten
Streitkräfte«
auf der Straße
des 17. Juni,
14. Mai 1977.



Die zunehmende Kritik an alliierterem Handeln in Berlin offenbarte zugleich einen Generationskonflikt der Berliner mit ihren Schutzmächten. Es wurde deutlich, daß die Nachgeborenen nicht mehr bereit sind, all das ohne Murren hinzunehmen, was für ältere Menschen mit ihren bitteren Erfahrungen selbstverständlich scheint.«³

Und auch der von 1984 bis 1989 amtierende Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen, ein Politiker der CDU, die noch am ehesten die proamerikanische Rhetorik pflegte, erwog eine Teilnahme am offiziellen Staatsakt der DDR zur 750-Jahrfeier Berlins und war dabei zu »ungewöhnlichen Zugeständnissen« in Protokollfragen bereit.⁴ Diep-

3 Ludwig Moos (Hrsg.): Anders reisen – Berlin, 2. Aufl. Reinbek b. Hamburg 1984, S. 72.

4 Krijn Thijs: Drei Jubiläen, eine Stadt. Die Berliner Stadtjubiläen von 1937 und 1987 (= Zeithistorische Studien, Bd. 39), Köln u. a. 2008, S. 183.



Treffen zwischen Oberbürgermeister Erhard Krack (Ost-Berlin; rechts) und dem Regierenden Bürgermeister von Berlin Eberhard Diepgen (links) in der Marienkirche, 21. Oktober 1987.

gen schüttelte dem Ost-Berliner Oberbürgermeister Eckhard Krack am 21. Oktober 1987 in der Marienkirche demonstrativ die Hand und unternahm mehrere politische Vorstöße für eine Bereinigung des in West-Berlin vorrangig geltenden alliierten Besatzungsrechts.⁵ Die Verhandlungen hierzu gestalteten sich allerdings zäh. Aufseiten der Alliierten bestand wenig Interesse daran, die komplexe Materie anzupacken, weil man damit den gesamten Status der Stadt einschließlich ihrer eigenen rechtlichen Position zur Disposition gestellt sah. Berliner Politiker, die diese Sichtweise der Westmächte teilten, wurden gern spöttisch »Statuspolitiker« genannt. Ulrich Biel aber konnte als der

⁵ Vgl. Wolfgang Ribbe/Jürgen Schmädeke: Kleine Berlin-Geschichte, Berlin (West) 1988, S. 235; Wilfried Rott: Die Insel. Eine Geschichte West-Berlins 1948–1990, München 2009, S. 398.

Inbegriff des »Statuspolitikers« gelten. Für viele West-Berliner war das demonstrative Pochen auf dem Status der Stadt ein überlebtes Relikt des Kalten Krieges. Das Berlin-Abkommen von 1971 und die Entspannungspolitik hatten die Konfrontation mit der DDR entschärft, die Politik Michail Gorbatschows weckte ab 1985 zusätzliche Hoffnungen. Die Rede war nun von »menschlichen Erleichterungen« und »kleinen Schritten«, nicht aber mehr von einer »Politik der Stärke« gegenüber dem Osten. In dieser Stimmungslage musste Ulrich Biel, dem diese neue Sprache wie auch gesamtdeutsche Phantasien fremd waren, wie ein »Kalter Krieger« wirken, ein aus der Zeit gefallener Veteran der unmittelbaren Konfrontation der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs, der für manche sogar Mitverantwortung für die Teilung der Stadt trug.

Biel war aber wesentlich mehr, und das war auch der Grund, warum er Ende der 1980er Jahre für ein Interview interessant wurde: Er war ein echter Zeitzeuge. Bereits am 23. April 1988 konnte man ihn in der Sendereihe »Vor vierzig Jahren« des Norddeutschen Rundfunks sehen. Die von Bernd C. Hesslein betreute Reihe zeigte jeweils eine historische Wochenschau, die anschließend von einem Zeitzeugen kommentiert wurde. Biel trat in der Folge »Der Marshallplan« auf. Das von Rainer Ott in relativ dichter zeitlicher Nähe geführte Interview ist daher ein doppeltes Zeitdokument: zum einen ein echtes und seltenes Egodokument der Berliner Nachkriegszeit und der Ost-West-Konfrontation, zum anderen aber in seinem ganzen Kontext auch der Erinnerungspolitik und des öffentlichen Gedächtnisses im West-Berlin der späten 1980er Jahre unmittelbar vor dem Mauerfall. Die Schnittmenge zwischen dem West-Berlin der Vergangenheit des Kalten Krieges und jenem der damaligen Gegenwart war Ulrich Biel, der sich in einer Teilstadt, die trotz des unverändert geltenden Besatzungsstatuts sich ostentativ der Normalität und Entspannung hingab, überlebt finden musste – eben wie in der »Gruft«.